

Laibacher Zeitung.



Nr. 278.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 fr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. 7.50.

Mittwoch, 3. Dezember.

Insertionsgebür: Für kleine Inserate bis zu 4 Zeilen 25 fr., größere per Zeile 6 fr.; bei öfteren Wiederholungen per Zeile 3 fr.

1879.

Nichtamtlicher Theil.

Die Wehrgezetvorlage.

In der montägigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde die Wehrgezetvorlage eröffnet. Die Stellung der Parteien zur Regierungsvorlage ist bekannt. Dagegen werden verschiedenartige Folgerungen aus derselben für das nächste Schicksal der Vorlage im Abgeordnetenhause abgeleitet. Die Autonomisten wollen bekanntlich die Bewilligung der zehnjährigen Dauer des Wehrgezetes, die Verfassungspartei im Falle der Verwerfung des Antrages Ezedik eine dreijährige. Der Paragraph 1 der Regierungsvorlage, die Feststellung der Kriegsstärke für eine Dauer von zehn Jahren, bedarf zu seiner Annahme lediglich der einfachen Majorität, und ist dessen sofortige Annahme zweifellos. Anders der Paragraph 13, welcher das zwischen Oesterreich und Ungarn aufgetheilte Rekrutencontingent für zehn Jahre fixiert und die darin enthaltenen Beschränkungen der Legislative ausdrückt. Durch Ablehnung des Amendements Ezedik wird indessen die Verfassungspartei gegen die zehnjährige Frist des Paragraphen 13 und für die dreijährige Dauer stimmen. Wenn nun die Majorität des Hauses nicht eventuell auch für drei Jahre stimmt, sondern nach Ablehnung der Bestimmung der Regierungsvorlage auch gegen die drei Jahre votieren sollte, so käme allerdings ein Beschluß über diesen Paragraphen gar nicht zustande. Es steht jedoch zu erwarten, daß die Mehrheit nach Ablehnung des Paragraphen 2 der Regierungsvorlage, eventuell auch für die drei Jahre der Verfassungspartei stimmt, um auf diese Weise das Gezet formell zum Abschluß zu bringen, und dem Herrenhause eine sichere Grundlage für die Behandlung und Restituierung der Regierungsvorlage zu liefern. Es wird wohl angenommen, daß das Wehrgezet auch bei Vereitelung eines bindenden Beschlusses über den Paragraphen 2 dem Herrenhause zugeführt werden könnte, aber es scheint doch zweckmäßiger, formellen Schwierigkeiten aus dem Wege zu gehen, zumal man weiß, welche Bedeutung dieselben in unserem parlamentarischen Leben anzunehmen pflegen und wie sehr man geneigt ist, dieselben als Hemmschuhe für eine positive legislative Thätigkeit zu verwerten.

Das „Fremdenblatt“ präcisirt nochmals den Unterschied zwischen den beiderseitigen Standpunkten in der Wehrfrage in folgenden Worten: „Wir stehen auf dem Standpunkte: „Vorerst das Reich, dann die Partei.“

Unsere Gegenseite aber erklärt: „Vorerst die Partei und dann das Reich.“ Das Blatt schreibt sodann in beachtenswerter Weise: Einer ganz anderen Seite des nun entbrennenden Kampfes gilt unsere heutige Betrachtung, einer Seite, welche die Quelle der meisten Schwierigkeiten und doch zugleich einer ganz ungewöhnlichen Beruhigung ist. Die Waffe, welche die Opposition anwendet, der Hebel, mit dem sie die Wehrvorlage aus den Angeln heben will, ist bekanntlich der Satz, daß für die Beschlußfassung über den § 13 des ablaufenden Wehrgezetes die Zweidrittel-Mehrheit des Hauses erforderlich ist. Diese Maxime gründet sich auf eine Auslegung der Verfassung und des § 13 durch den einstigen Präsidenten des Abgeordnetenhauses Dr. Kaiserfeld, welcher in dem ersten Alinea dieses Paragraphen eine Verfassungsänderung erblickte. Die Aenderung besteht darin, daß das Haus sich seines Rechtes begibt, zu einer Abänderung des zur Erhaltung der gesetzlichen Kriegsstärke erforderlichen Rekrutencontingents während zehn Jahren die Initiative zu ergreifen. Sowohl die Frage, ob hierin eine Verfassungsänderung liege, wie die zweite, ob der in Rede stehende Paragraph in dieser Weise gedeutet werden müsse, kann einer verschiedenartigen Beantwortung unterliegen. Namentlich haben in der letzten Zeit die Herren Tisza und Markus im ungarischen Reichstage eine von dieser ganz abweichende Ansicht vertreten. Demnach sehen wir die Regierung und bisher auch die Rechte an dem Grundsatz festhalten, daß eine Zweidrittel-Mehrheit unerlässlich ist, und darin erblicken wir die Quelle der Beruhigung. Denn wenn es auch streitig sein könnte, ob nach dem Wortlaute der Verfassung die Zweidrittel-Mehrheit unerlässlich ist, so ist es zweifellos, daß sie nach ihrem Geiste unbedingt erforderlich ist.

„Daß Graf Taaffe vom Anbeginne an dieser These festhielt, es vorzog, den Kampf gegen die größten parlamentarischen Schwierigkeiten aufzunehmen, als durch eine laze Auslegung, durch eine einseitig vom Regierungsstandpunkte unternommene Interpretation diese Schwierigkeiten zu umgehen, ist eine Bethätigung aufrichtiges constitutioneller Grundsätze, welche auch die Gegner gern anerkennen werden. Galt es doch als ein unerschütterlicher Glaubenssatz im Lager der liberalen Opposition, das Coalitions-cabinet werde sich zwar nicht an der Verfassung, wohl aber an ihrem Geiste verstoßen. Die Thatsache spricht nun bei einem entscheidenden Anlasse gegen diese Annahme. Zwischen die Wahl gestellt, das Wehrgezet zu erlangen ohne parlamentarische Schwierigkeiten, aber auch ohne genaue

Beobachtung der Intentionen der Verfassung, zögerte es nicht, die parlamentarischen Schwierigkeiten vorzuziehen und diesem Geiste getreu zu bleiben. Und darin erkennen wir nicht etwa einen bloß vereinzelt, in der Wehrvorlage errungenen Sieg, sondern ein Präcedens von der wichtigsten Bedeutung auch für alle fernere Entwicklung unserer inneren Verhältnisse, ein Präcedens, welches lautet: In zweifelhaften Fragen muß nach dem Geiste der Verfassung entschieden und dieser beachtet werden, ohne Rücksicht darauf, welchem Cabinet oder welcher Seite des Hauses damit gebient wird. Darin liegt die beste Bürgschaft für die Wahrung der Verfassungsmäßigkeit und einer ruhigen Fortentwicklung unserer Verhältnisse. Denn es ist offenbar, daß diese exceptionelle Bestimmung der Zweidrittel-Mehrheit eine Garantie für alle Interessen ist, denen die Verfassung ihren Schutz verleiht. Denn nicht allein die Regierung, auch die Parteien sind gebunden, neben dem Wortlaute der Verfassung auch ihren Geist zu beachten und nicht Bestimmungen, welche die Stabilität anstreben, dazu zu verwenden, um gerade den wichtigsten Interessen diese Stabilität zu verweigern. So hoffen wir, daß, wie in der gesammten Wehraktion der Geist der Verfassung in echt constitutioneller Weise gewahrt worden, solches auch fernerhin geschehen und demgemäß das Endergebnis in gleicher Weise eine Stärkung des constitutionellen Systems wie eine Stärkung des Reiches repräsentieren wird.“

Parlamentarisches.

Da das Budget bis Ende d. J. nicht erledigt werden kann, wird die Regierung ein Gezet, betreffend die Ermächtigung zur Forterhebung der Steuern für das erste Quartal des Jahres 1880, einbringen. Den neuesten, aus ungarischer Quelle stammenden Versionen zufolge werden die Delegationen frühestens am 14. Dezember zusammentreten. Die Session soll nur acht Tage dauern, da bloß die Indemnitätsvorlage votiert werden soll.

Die verfassungstreuen Abgeordneten aus Böhmen versammelten sich am Sonntag zu einer vertraulichen Besprechung der Delegationswahlen. Es handelt sich darum, einen Compromiß zustande zu bringen, demzufolge auch die tschechischen Abgeordneten eine Vertretung in der Delegation finden. Die Verfassungspartei aus Böhmen verfügt über 48, die Czechen über 45 Stimmen; die Czechen beanspruchen für sich die Hälfte der Delegiertenmandate, nämlich fünf. Auch

Fenilleton.

Was die Liebe vermag.

Roman, frei nach dem Englischen bearbeitet von Ed. Wagner (Verfasser der „Alexa“).

(Fortsetzung.)

Miss Thompson fürchtete fast, ihr Spiel zu weit getrieben zu haben; aber sie konnte nicht zurück, sondern mußte nun auf dem einmal betretenen Wege weiter.

„Miss Winham kann über ihr Vermögen ganz nach ihrem Belieben verfügen,“ sagte sie mit tiefer Stimme; „aber ich kann mich in Ihre Lage versetzen und fühle mit Ihnen. Ich möchte um alles in der Welt keinen Proceß. Sie haben Miss Winham zu beerben gehofft, und ich auch. Sie muß ihrem Ende nahe sein. Nun, wenn wir unsere Ansprüche vereinigen?“

„Vereinigen? Wie?“

Miss Thompson senkte mit erkünstelter Berlegenheit die Augen.

„Was ist es, was der Dichter sagt?“ fragte sie jaghaft. „Zwei Seelen und ein Gedanke, zwei Herzen und ein Schlag!“

Ein spöttisches Lächeln zeigte sich auf Martin Cliffords Lippen.

„Wenn ich Sie recht verstehe, meinen Sie, daß wir uns heiraten könnten?“ fragte er offen.

Elsbeth schlug in Verwirrung die Augen nieder und nickte langsam mit dem Kopfe.

„Ich glaube,“ sagte er, „Sie würden eine vortheilhafte Vertheidigerin der Frauenrechte abgeben. Doch ich fürchte, meine liebe Elsbeth,“ fuhr er mit bitterem Sarkasmus fort, „wir können unsere Interessen nicht

vereinigen. Wenn ich heirate, gedente ich selbst zu wählen und zu werben. Auch kann ich Ihnen sagen, daß ich mein Herz bereits verschont habe. Was die Erbschaft anbetrifft, so kann ich die Wahrung meiner Rechte wohl den Gerichten anvertrauen.“

Miss Thompsons Antlitz übergoß ein dunkles Roth; sie vermochte vor Enttäuschung kaum Worte zu finden.

„Sie mögen sicher sein, daß ich meine Sache mit Entschiedenheit vertheidigen werde,“ rief sie endlich, als sie sich gesammelt hatte. „Ich hoffe, Sie werden das Schloß sogleich verlassen.“

„Durchaus nicht. Unsere Tante ist noch nicht todt und hat somit Zeit, ein neues Testament zu machen. Ich will noch heute mit ihr sprechen.“

Die Schlossherrin stand auf und schlug mit beiden Händen die Portiere auseinander.

Ihre Gäste fuhren erschreckt zusammen.

Sie hatte sich während der Unterredung, von welcher ihr kein Wort entgangen war, nur mit Mühe zurückgehalten; jetzt stand sie da, den zürnenden Blick finster auf ihre beiden Verwandten gerichtet.

„Wenn Sie mit mir sprechen wollen, Martin Clifford,“ rief sie scharf aus, „so können Sie es jetzt thun. Ich habe Eure Worte gehört,“ fuhr sie fort, in das Gesellschaftszimmer tretend. „Ich denke, dieselben hätten mich nicht überraschen sollen, aber ich kam herunter in der Hoffnung, ein freundliches Wort über mich zu hören. Statt dessen aber hörte ich, was ich hätte erwarten sollen.“

„Tante —“ begann Miss Thompson zitternd.

„Still!“ fuhr sie die Herrin des Schlosses an, drohend auf sie zutretend. „Ich hörte Ihre glänzenden Projecte und ich hoffe, daß ich so lange leben werde, dieselben gründlich zunichte zu machen, Elsbeth Thomp-

son. Und was Sie betrifft, Martin Clifford, so werde ich dafür sorgen, Ihnen die Beweislieferung meiner Unzurechnungsfähigkeit unmöglich zu machen.“

„Meine liebe Tante —“

„Verschont mich mit Eurer Heuchelei!“ rief die alte Dame gebietend. „Nach den Offenbarungen, die Ihr mir unwillkürlich gemacht habt, werdet Ihr Euch nicht wundern, wenn ich den Wagen bestelle, damit er Euch nach Callender führt.“

Miss Thompson warf einen Blick hinaus in den Regen und Sturm.

„Sie werden mich doch nicht in diesem Wetter fortschicken?“ stammelte sie. „Es ist so spät, daß wir heute die Station nicht mehr erreichen können.“

„Ihr könnt diese Nacht hier bleiben; aber morgen bei Tagesanbruch verlaßt Ihr das Schloß,“ sprach Miss Winham bestimmt. „Ich will Euch nicht wiedersehen, weder so lange Ihr unter meinem Dache weilt, noch später.“

Sie machte eine Bewegung nach der Thür, blieb aber noch einmal stehen und sagte mit einer gewissen Schadenfreude:

„Ich kann Euch nur sagen, wie nahe Ihr dem Ziele waret, nach dem Ihr so begierig strebtet. Mein Testament ist schon vor vielen Jahren gemacht, und ich habe mir nicht die Mühe genommen, jemals etwas daran zu ändern. Wie es jetzt besteht, seid Ihr darin als meine Erben genannt. Mein ganzes Eigenthum sollte gleichmäßig unter Euch, als meine nächsten Verwandten, vertheilt werden. Nach den heutigen Erfahrungen aber werde ich ein neues Testament machen und eine Würdigere, die ich kennen gelernt habe, zu meiner Erbin erwählen. Wir trennen uns nun, Elsbeth Thompson und Martin Clifford, und zwar für immer. Morgen früh werdet Ihr das Schloß verlassen!“

Oesterreichischer Reichsrath.

19. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Wien, 1. Dezember.

Präsident Coronini eröffnet die Sitzung um 11 Uhr. Am Ministertische: Taaffe, Stremayr, Horst, Prajak, Ziemialkowski.

Minister Graf Taaffe beantwortet die Interpellation des Abg. Obratschaj hinsichtlich der Ueber-schwemmungen durch die Oder, indem er erklärt, daß die Regierung sich an der Regulierung dieses Flusses nach Maßgabe der dabei berührten Staatsinteressen betheiligen werde.

Bei Uebergang zur Tagesordnung wird der Bericht der Staatsschulden-Controllcommission dem Budgetausschusse zugewiesen. Hierauf wird das Kinderpestgesetz in dritter Lesung angenommen.

Es folgt die Verhandlung über das Wehr-gesetz. Majoritäts-Berichterstatter Zeithammer erstattet den Bericht.

Der Berichterstatter der Minorität, Dr. Rech-bauer, erklärt, er billige die allgemeine Wehrpflicht. Er und seine Gesinnungsgenossen haben jedoch geglaubt, daß Oesterreich auch mit einem Kriegszustande von 600,000 Mann, einer Landwehr von 100,000 Mann ein begehrlcher Freund, ein gefürchteter Feind sei. Aber auch constitutionelle Bedenken hege er gegen die Vorlage, weil durch die Verlängerung auf 10 Jahre das Parlament sein wichtigstes Recht aus den Händen gebe, das Recht der jährlichen Feststellung des Rekrutencontingents. Redner verkennt nicht den Ernst der politischen Lage. Oesterreich müsse allen Eventualitäten gegenüber gerüstet sein. Darum wolle er auch heute nicht an der Heeresorganisation rütteln. Aber wenn im nächsten Jahre die Situation noch nicht geklärt sein werde, dann werde das Parlament gewiß so viel Patriotismus haben, die weitere Verlängerung des Wehr-gesetzes zu bewilligen. In diesem Sinne werde er für das Ein-gehen in die Specialdebatte stimmen (Beifall).

Graf Richard Clam tritt für die unveränderte Annahme der Regierungsvorlage ein. Er begründet dieselbe nach zwei Richtungen hin, erstens was die Aufrechterhaltung der Kriegszustände und dann was die Verlängerung auf 10 Jahre betrifft. Er warnt die Linke vor den Konsequenzen ihres Antrages. Sie werde für dieselben die Verantwortung tragen müssen.

Abg. v. Czedit begründet den Antrag auf Her-absetzung des Friedensstandes auf 230,000 Mann. Für die sofortige Herabsetzung der Kriegszustände sei im Ausschusse niemand eingetreten; jedermann habe den Ernst der gegenwärtigen Situation anerkannt, und niemand wolle heute an der Kriegszustände rütteln. Aber anders stehe es mit dem Friedensstande. Man habe gesagt, wir dürfen keine Armee auf Kündigung schaffen. Aber haben wir denn, wenn wir das Wehr-gesetz auf 10 Jahre verlängern, nicht auch eine Armee auf Kün-digung? Die Regierung verlange vom Parlamente die Verzichtleistung auf ein ihm zustehendes constitutionelles Recht, indem sie demselben jedoch gleichzeitig die Er-füllung der aus diesem Rechte sich ergebenden Pflichten zumuthet. Durch seinen Antrag, führt Redner aus, werde das Budget um 3-6 Millionen jährlich entlastet. Wenn gegen die Zulässigkeit von weiteren Beur-laubungen gesprochen worden sei, so verweise er auf die Landwehr, welche sich in dem bosnischen Feldzuge nicht minder bewährt habe, wie die anderen Truppen. Redner richtet an die Regierung den Appell, dem von ihm vertretenen Antrage zuzustimmen und so die Einigkeit in dieser Frage zu ermöglichen.

Abg. Dr. v. Grocholsti erklärt, daß die pol-nischen Abgeordneten, wenn sie für unveränderte An-nahme der Regierungsvorlage stimmen, dies thun in voller Kenntnis der bedeutenden Opfer, welche der Bevölkerung auferlegt werden durch die Lasten, die sie für die Erhaltung der Armee zu tragen hat, durch die Entziehung so vieler arbeitskräftiger Arme. Aber Oesterreich, in der Mitte Europas gelegen, eingeschlossen von Staaten mit einer ungeheueren Heeresmacht, müsse allen Eventualitäten gegenüber gerüstet sein. Wenn Oesterreich eine achtunggebietende Stellung einnimmt, dann werden ihm auch die Allianzen nicht fehlen. Wenn aber die österreichische Armee keine sieger-sprechende ist, dann wird sich niemand um die Freundschaft Oesterreichs bewerben. Redner wendet sich gegen den Antrag Czedit, den er zunächst aus staatsrecht-lichen Gründen bekämpft und sodann auch deshalb verwirft, weil in allen Nachbarstaaten das Verhältnis des Friedensstandes zum Kriegszustande ein größeres ist als bei uns. Was den Antrag, die Kriegszustände auf eine kürzere Zeit zu bewilligen, betrifft, so könne gegen denselben eine principielle Einwendung nicht erhoben werden; denn die Opferwilligkeit des Parlamentes werde dem Staate gewiß das Nothwendige jederzeit bewilligen. Aber die vorliegende Angelegenheit ist eine solche, bezüglich deren übereinstimmende Beschlüsse in Oesterreich und in Ungarn wünschenswert, wo die Forderung eine berechnete ist, daß die Angelegenheit für längere Zeit geordnet werde.

Abg. Dr. Schaub erklärt, daß seine Partei die volle Verantwortlichkeit für die Konsequenzen des Minoritätsantrages übernehme. Die Partei, der er angehöre, lasse sich bei Beurtheilung der Wehrfrage

nicht ausschließlich von der finanziellen Situation leiten. Auf der linken Seite des Hauses sitzen die Männer, welche immer für die Herabsetzung des Heeres-aufwandes gesprochen und gestimmt haben, die aber jetzt, wo sie in der Minorität sind, zugestehen, daß gegenwärtig an der Armee-Organisation nicht gerüttelt werden dürfe; darin liege ja doch die größte Gewähr, daß diese Partei, wenn man mit einem berechtigten Ansuchen an sie herantrete, dasselbe auch bewilligen werde. Es sei nichts Ungewöhnliches, sondern etwas Uebliches, die Friedensstärke herabzusetzen. Es ge-schehe dies z. B. auch in Deutschland. Wir wollen, sagt Redner, an der Organisation der Armee nicht rütteln, aber wir wollen, daß, gerade so wie die Kriegs-verwaltung trotz der feststehenden Armee-Organisation dem Volke durch successive Erhöhung des Friedensstandes immer größere Lasten auferlegt, jetzt der ent-gegengesetzte Weg eingeschlagen werde. Was die Ver-längerung auf zehn Jahre betrifft, so war im Jahre 1868 eine Feststellung auf eine längere Dauer not-hwendig, weil damals die ganze Organisation erst neu geschaffen werden sollte. Diese Nothwendigkeit liege heute nicht vor.

Abg. Dr. Mattusch führt aus, daß die gegen-wärtige Situation keineswegs der friedensverheißende Bürge jener friedlichen Zustände sei, wie sie bei feier-lichen Anlässen in den schönsten Redewendungen ge-schildert werden. Die Hoffnung auf einen, sei es auch nur wenige Decennien dauernden Frieden sei eine illusorische, und es sei nicht anzunehmen, daß alle die schwebenden Fragen innerhalb weniger Jahre gelöst und aus der Welt geschafft werden. Deshalb sei auch die Nothwendigkeit der Fortdauer einer Kriegszustände von 800,000 Mann allseitig anerkannt. Dieselben Er-wägungen sprechen aber auch für die Verlängerung auf 10 Jahre. In der Bemühung, bei Berathung des Armeebudgets alle möglichen Erparungen zu erzielen, werde sich seine Partei mit der Verfassungspartei be-gnügen. Es sei gesagt worden, daß seine Partei für das Wehr-gesetz stimmen werde, weil sie dafür nationale Concessionen erwarte. Es gebe keine Partei in diesem Hause, welche ihre Ueberzeugung verkauft. Wir werden für das Wehr-gesetz stimmen, weil es unsere Ueber-zeugung ist, und werden nationale Concessionen for-dern, weil dieselben begründet sind.

Altgraf Hugo Salm erklärt, daß die Annahme der Regierungsvorlage ein Vertrauensvotum für die Regierung sei, welches er nicht ertheilen könne, so lange er die Principien der Regierung nicht kennt. Er könne sich mit dem Vorgehen der Regierung nicht einverstanden erklären, welche auf der einen Seite Belohnungen für die Votierung des Wehr-gesetzes auf-gestellt hat, während sie auf der anderen Seite Drohungen ausstößt. Ein Ministerium von der äußersten Rechten sei ihm lieber als ein Ministerium, dessen Grundätze ihm nicht bekannt seien.

Abg. Ritter von Dzwonkowski präcisirt die Situation dahin, daß das Haus vor der Wahl stehe, entweder abzurufen und alle Eventualitäten resignirt über sich ergehen zu lassen, oder die Wehrkraft des Reiches aufrechtzuerhalten, um den Nachbarstaaten gegenüber gleich kräftig dazustehen. Deshalb werde er für den Antrag der Majorität stimmen.

Hierauf wird die Debatte abgebrochen. Abg. Frei-herr v. Sudenau interpellirt den Handelsminister in Angelegenheit der mährischen Transversalbahnen. Sodann wird die Sitzung um 3 Uhr geschlossen. Nächste Sitzung morgen. Fortsetzung der Wehr-gesetzdebatte.

Vorgänge in Frankreich.

Die Eröffnung der Kammern in Paris ist zwar unter lebhafter Betheiligung des Publicums, aber ohne alle Störungen vor sich gegangen. Selbst die radicalen Blätter hatten zur Vorsicht aufgefordert. Das „Mot d'Ordre“ schrieb mit gesperrten Lettern: „Wir können das Pariser Volk nicht genug ermahnen, sich jeder Kundgebung zu enthalten. Mögen unsere Freunde sich vor den agents provocateurs hüten; mögen sie den zwei Reaktionen, der republikanischen und der monarchistischen, keinerlei Vorwand bieten! Die Eröffnung der Kammern muß inmitten der voll-kommensten Ruhe geschehen. Wenn einst die Stunde schlägt, wird das Volk seine Vertreter richten. Es hat eine sichere Waffe: den Stimmzettel. Diese Waffe genügt ihm.“

Dieser Aufruf ist von der ganzen Redaction des Blattes, an deren Spitze der Stern Rocheforts steht, unterzeichnet. Eine ähnliche Aufforderung läßt die „Lanterne“ inbetreff des Palais Bourbon (Abgeord-netenhaus) an die Bevölkerung ergehen. Was den Luxemburgpalast (Senat) anbelangt, wäre es, meint sie, überflüssige Mühe, jemandem abzurathen, dahin zu gehen. Denn wer möchte den weiten Weg machen „pour voir ça?“

Die gemäßigtere republikanisch-liberale Presse be-grüßt die Wiedereröffnung der Kammern in der Me-tropole als einen sprechenden Beweis der nunmehr endlich erfolgten Consolidierung der Republik. Das Blatt Gambettas meint, jetzt erst werde Frankreich, da es durch den bloßen Act der Zurückverlegung der Kammern nach einem neunjährigen Exil erhärtet habe,

unter den mährischen Abgeordneten soll es dem Vernehmen nach zu einem Compromiß kommen.

Das vom Handelsminister im Abgeordnetenhause eingebrachte Gesetz, betreffend die Zugeständnisse und Begünstigungen für Localbahnen, enthält folgende Bestimmungen:

Durch den ersten Artikel wird die Regierung ermächtigt, bei Concessionierung neuer Localbahnen (Secundärbahnen, Vicinalbahnen u. dgl.) nicht nur in Bezug auf den Bau und die Ausrüstung alle thun-lichen Erleichterungen zu gewähren, sondern auch in Bezug auf den Betrieb von den vorgeschriebenen Sicherheitsvorkehrungen insoweit Umgang zu nehmen, als dies insbesondere mit Rücksicht auf die festgesetzte ermäßigte Fahrgeschwindigkeit zulässig erscheint.

Der zweite Artikel ermächtigt die Regierung, die Unternehmungen von Localbahnen von der Verpflich-tung zur unentgeltlichen Beförderung der Post sowie von den Verbindlichkeiten in Bezug auf den Ersatz des aus der polizeilichen und gefällsamlichen Ueber-wachung erwachsenden Mehraufwandes und in Bezug auf die unentgeltliche Herstellung und Erhaltung von Amtlocalitäten zu entheben.

Nach dem dritten Artikel können gleichartige Er-leichterungen in Bezug auf den Bau und Betrieb auch für schon bestehende Eisenbahnen zugestanden werden, wenn auf denselben oder einzelnen Zweig- oder Ver-bindungslinien derselben der Localbahnbetrieb mit er-mäßigter Fahrgeschwindigkeit eingeführt wird.

Der vierte Artikel verfügt, daß die bei dem Be-triebe der Localbahnen nicht zu überschreitende Fahr-geschwindigkeit nach Beschaffenheit des einzelnen Falles jeweilig durch die Regierung festzusetzen ist.

Der fünfte Artikel gestattet die Benützung von Reichsstraßen zur Anlage von Localbahnen, insoweit nicht durch den Bahnbetrieb die Sicherheit des Straßen-verkehrs gefährdet erscheint. Unbeschadet der aus dem Bestande des Mautgefälles erwachsenden Verbindlich-keiten ist für die Straßenbenützung ein besonderes Ent-gelt nicht zu entrichten. Auch andere öffentliche Stra-ßen können mit Zustimmung der zur Erhaltung Ver-pflichteten zur Anlage von Localbahnen in Anspruch genommen werden.

Nach dem sechsten Artikel genießen Verträge, bürgerliche Eintragungen und sonstige Urkunden die Gebührens- und Stempelfreiheit.

Der siebente Artikel bestimmt, daß außerdem nachstehende Begünstigungen gewährt werden können: die Befreiung von den Stempeln und Gebühren für alle Verträge und sonstigen Urkunden zum Zwecke der Kapitalsbeschaffung zc., ferner die Befreiung von den Stempeln und Gebühren für die erste Ausgabe der Actien und Prioritäts-Obligationen zc., und endlich die Befreiung von der Erwerb- und Einkommensteuer, von der Entrichtung der Coupon-Stempelgebühren sowie von jeder neuen Steuer, welche etwa durch künftige Gesetze eingeführt werden sollte, auf die Dauer von höchstens dreißig Jahren. Inwiefern für einzelne Localbahnen etwa weitergehende finanzielle Unterstützungen seitens der Staatsverwaltung durch Gewährung eines Bei-trages aus Staatsmitteln oder auf sonstige Weise zu-gestanden werden, wird in jedem einzelnen Falle ein besonderes Gesetz bestimmen. — Der achte Artikel endlich limitirt die Wirksamkeit des Gesetzes bis 31. De-zember 1882.“

Ohne weiter ein Wort zu sagen, verließ sie das Zimmer.

Wie vom Donner gerührt, standen die beiden Zurückbleibenden, der alten Dame mit starren Augen nachsehend. Jetzt waren ihre glänzenden Aussichten mit einemmale vernichtet und sie sollten das Schloß, wel-ches sie mit den schönsten Hoffnungen betreten, ent-täuscht verlassen. Eine andere nahm den Platz ein, nach welchem sie getrachtet hatten.

Elisabeths Hände ballten sich unwillkürlich bei diesem Gedanken, als sie sich hastig in ihr Zimmer zurückzog, und sie gelobte es sich, alles aufzubieten, um diese Demüthigung an der Schloßherrin und an Clifford zu rächen.

Clifford aber war der Verzweiflung nahe, daß seine längere Anwesenheit in dem Schlosse unmöglich gemacht worden war. Er hatte die Liebe Valerius zu erringen gehofft und sich an ihrer Seite schon als Besitzer des Schlosses geträumt. Und dieser eine Schlag sollte plötzlich alle seine Hoffnungen zertrümmern? Nein, nein, es konnte, es durfte nicht sein. Er mußte wieder hieher zurückkehren; jedenfalls wollte er sich die Gunst der jungen schönen Gesellschaftlerin erwerben und sich somit eine Fürsprecherin bei seiner alten Verwandten sichern. Von diesen Gedanken erfüllt, be-schloß er sogleich seinen Vorsatz auszuführen, und begab sich auf sein Zimmer, wo er an der Thür harrete, um Valerie zu begegnen, sobald sie sich in das Speisezimmer verfügte. Er wollte mit ihr reden und glaubte sich seines Erfolges sicher, wenn er auch nicht ahnte, daß ihm die nächste Stunde eine Ent-deckung bringen sollte, um die er alles, selbst die Erb-schaft der alten Miß Winham, freudig geopfert haben würde.

(Fortsetzung folgt.)

dass es vollständig consolidiert sei und die Periode der Krisen glücklich überstanden habe, nach dem Vollgewichte seiner Bedeutung im Auslande geschätzt werden und seine Machtstellung entsprechend entfalten können. Aber auch nach innen werde jetzt erst die republikanische Regierung ihre ganze Autorität zur Geltung bringen können. Man vermöge sich im Auslande wie in der Heimat weder ein richtiges Frankreich ohne Paris, noch Paris ohne Frankreich auch nur vorzustellen. „Um dieses Land gut zu verwalten und gut zu vertreten, muss dasselbe in Paris sein, und es muss nicht bloß körperlich sich daselbst befinden, sondern auch im Geiste und in der Wahrheit, es muss sich von Paris, dem Herzen und dem Kopfe Frankreichs, inspirieren lassen.“ Die republikanischen Blätter altliberaler Färbung, wie das „Journal des Débats“, sind weniger dithyrambisch gestimmt; sie geben ihrer Besorgnis, dass im besagten Kopf und Herzen Frankreichs noch immer nicht alles richtig und gesund sei, unüberholenen Ausdruck. Sie erblicken den Beweis hiesfür in den jüngsten Vorgängen in der städtischen Vertretung von Paris, welche deutlich die Absicht bekunden, über die gesetzliche und verfassungsmäßige Kompetenz des Municipiums weit hinauszugreifen und eine nur der Staatsregierung zustehende Ingerenz auf die Amtsführung der Staatsbeamten auszuüben. Zu diesen Uebergriffen gehöre insbesondere die jüngst gegen den Seinepräfecten eingeschlagene Prozedur.

Die Clubs der Linken fahren fort, in ihren Versammlungen das Cabinet zur Energie aufzufordern. Die „Union Républicaine“, welche Mittwoch eine von etwa 50 Mitgliedern besuchte Versammlung hielt, veröffentlicht folgendes Protokoll: „Der Präsident (Bernard-Lavergne) fordert seine Collegen auf, über die in ihren Departements herrschende Stimmung Bericht zu erstatten. Die Mitglieder der Gruppe beklagen sich lebhaft über die Lage, in welche die Beibehaltung der anti-republikanischen Beamten das Land versetzt. Die Versammlung beschließt nach einem diesbezüglichen Ideen-austausch einstimmig, ihren Vorstand an die Minister abzuordnen, um von diesen die nöthigen Aenderungen im Personal der verschiedenen Verwaltungszweige zu verlangen. Ferner soll der Vorstand der Linken sich hinsichtlich aller die allgemeine Politik betreffenden Fragen mit den Vorständen der anderen Gruppen verständigen.“

Im Verlaufe der Debatte hatte der Abgeordnete Pascal Duprat beantragt, Herrn Waddington über die auswärtige Politik der Regierung und insbesondere über die deutsch-österreichische Allianz zu interpellieren. Dagegen machte Herr Verlet geltend, dass eine solche Verhandlung nicht vor die Oeffentlichkeit gehöre, und die Versammlung trat dieser Ansicht bei. Am 30. v. M. war eine Deputation der Clubs der Linken bei Waddington, um demselben die im vorstehenden Protokoll citierten Wünsche bezüglich der Purification des Beamtenstandes vorzutragen, und erhielt von ihm eine zustimmende Antwort.

Tagesneuigkeiten.

(Die neuernannten Fürstbischöfe.) Der neue Fürstbischof von Brigen, Johann v. Leiß zu Laimburg, ist am 18. Juni 1821 in Innsbruck geboren und wurde am 27. Juli 1845 zum Priester geweiht. Er wirkte als Cooperator an der Pfarre Mariabühl in Innsbruck und wurde, als sein Pfarer in das Brigener Domcapitel eintrat, im Jahre 1862 dessen Nachfolger als Pfarer und Dechant in Innsbruck, in welcher Stellung er bisher geblieben ist. Im Jahre 1874 wurde er zum Ehrenherrscher des Brigener Domcapitels ernannt. — Der Fürstbischof von Trient, Johann Jakob della Bona, ist am 18. März 1814 in Görz geboren. Er wirkte unter dem Erzherzog Maximilian in der lombardisch-venezianischen Statthalterei und wurde bei deren Auflösung unter Erzherzog Carl Ludwig in die tirolische Statthalterei berufen, wo er als Schulreferent fungierte; später wurde er zum Domherrn in Salzburg ernannt, und am 4. Mai 1874 erfolgte sodann seine Ernennung zum Bischof von Tenedos i. p. i. und Weihbischof von Salzburg. Seine theologischen Studien hat er an der Wiener Universität, und zwar im höheren Weltpriester-Bildungsinstitute bei St. Augustin absolviert.

(Die Königs-Hochzeit in Madrid.) Ueber den Verlauf der königlichen Vermählungszeremonie in Madrid meldet ein Bericht aus Madrid vom 29. v. M. noch folgende Details: „Das Wetter hat sich aufgeheitert. Der Festtag begann mit einer großen, prachtvoll executierten musikalischen Tagerevue. Eine ungeheure Menschenmenge durchwogte vom Morgen an die Straßen, in welchen Truppen aller Waffengattungen Spalier bildeten. Den Vermählungszug eröffneten die Equipagen der Würdenträger in großer Gala, die prachtvoll geschmückten Pferde mit reichen Federbüschen geschmückt. Diesen folgten die Equipagen der Diplomatie und der Granden von Spanien. Die lange, aber nicht geräumige Atocha-Kirche war mit rothem Sammt ausgeschlagen. Für die Damen der hohen Aristokratie, die Botschafter mit ihren Damen, die Cardinale und Bischöfe, die Minister und Granden von Spanien, für die Generalität und die hohen geladenen Würdenträger waren

Erstraden aufgestellt. Die Damen mit ihren weißen Mantillen und dem reichen Diamanten- und Perlen-schmuck, die Herren in ihren brillanten, mit Orden und Großkreuzen decorierten Uniformen boten einen unvergleichlichen Anblick. Für die spanischen und auswärtigen Journalisten waren zwei Erstraden errichtet. Mittags trafen die Infantinnen und die Königin Isabella ein; sie wurden an der Kirchenpforte so wie der König, welcher in Begleitung des Erzherzogs Rainer erschien, von dem Erzbischof von Toledo empfangen. Wenige Minuten später betrat die Königin mit ihrer Mutter, der Frau Erzherzogin Elisabeth, der Frau Erzherzogin Marie, den österreichischen und spanischen Ehrendamen und dem Gefolge die Kirche. Die königliche Braut machte einen sehr sympathischen Eindruck und wurde bei ihrem Eintritte mit einem Flüstern der Bewunderung empfangen. Die von dem Erzbischof-Patriarchen von Madrid vollzogene Ceremonie und die darauf folgende Messe dauerten von halb 1 Uhr bis 2 Uhr. Nach Beendigung derselben verfügten sich der König und die Königin zu den für dieselben aufgestellten Thronesseln und empfingen die Glückwünsche der Versammelten. Hierauf verließen sie die Kirche in derselben Ordnung wie bei der Auffahrt. Der König strahlenden Antlitzes, die Königin mit sichtbarer Bewegung. Der großartige Cortège der Königin bestand aus 20 sechsspännigen und 20 zweispännigen Equipagen. Der König fuhr in einem von acht Schimmeln gezogenen Glaswagen. Die Majestäten wurden auf der Fahrt nach dem Schlosse von der in den Straßen dichtgedrängten Volksmenge mit begeistertem Jubel begrüßt. — Die Illumination, welche abends stattfand, ist überaus glänzend ausgefallen.“

(Die Stiergefächte.) Die anlässlich der Vermählungsfeierlichkeiten in Madrid inszenierten großartigen Stiergefächte haben vorgestern, den 1. d. M., um 12 Uhr mittags begonnen und bis 4 Uhr nachmittags gedauert. Der König und die Königin, Erzherzogin Elisabeth, die Königin Isabella und drei Prinzessinnen wurden bei ihrer Ankunft vom Publicum acclamirt. Die Königin und die Prinzessinnen trugen, wie alle Damen von Distinction, weiße Mantillen. Die Arena war überfüllt; 15,000 Personen hatten darin Platz genommen. Auf ein Zeichen der Königin nahm das Stiergefächte seinen Anfang. Es wurden sechs Stiere losgelassen. Das Publicum folgte dem Schauspiel mit lebhafter Spannung und unter häufigen Zurufen. Mehrere Pferde wurden von den Stieren getödtet. Ein Stier, welcher die Barriere übersprungen hatte, erfasste einen Gendarm und schleuderte denselben in die Luft. Das ab- und zuströmende Publicum und die unzähligen Equipagen boten, eben so wie das Gesamtbild in der Arena, ein großartiges Schauspiel.

Locales.

Aus dem Sanitätsberichte des Laibacher Stadtphysikates für den Monat September 1879. (Schluss.)

IV. Aus dem Civilspitale gieng für den Monat September d. J. folgender Bericht ein: Mit Ende August d. J. sind in Behandlung verblieben 387 Kranke, zugewachsen sind im Monate September d. J. 259 „ Summe des Gesamtkrankenstandes 646 Kranke. Entlassen wurden 250 Kranke, gestorben sind 37 „ Summe des Abfalles 287 „

Mit Ende September sind in Behandlung verblieben 359 Kranke.

Es starben demnach 5.7 Procent vom Gesamtkrankenstande und 12.9 Procent vom Abfalle.

Von den Verstorbenen waren 7 Laibacher, das ist solche, welche von der Stadt aus krank ins Spital kamen, und 28 Nicht-Laibacher, das ist solche, welche auf dem Lande erkrankten und von dort krank ins Spital kamen. Der Krankheitscharakter während dieses Monats war folgender:

a) Medicinische Abtheilung: Vorwiegend kamen Fiebererkrankungen, die aus Bosnien und der Herzegowina rückkehrende Personen befielen, ferner acuter und chronischer Magen- und Darmcatarrh zur Behandlung. Im allgemeinen war der Krankenstand ein niedriger.

b) Chirurgische Abtheilung: In diesem Monate kamen mehrere Verletzungen vor, der Heiltrieb war minder günstig, da mit dem Auftreten von Diarrhöen sich Erysipela einstellten.

c) Abtheilung für Syphilis: Zur Behandlung kamen vorzugsweise eiternde Bubonen und indurirte Chankers bei den Männern und Blennorrhöen bei den Weibern.

d) Abtheilung für Hautkrankheiten: Zur Behandlung gelangten vorzugsweise chronische Fußgeschwüre, dann Eczeme und ein Blatternfall.

e) Irrenabtheilung: Neu zugewachsen sind zwei frische Erkrankungen (melancholische Weiber), ein an Verücktheit leidendes Weib und ein recidiver Alko-

holiker. Entlassen wurden drei Kranke in theils geheiltem, theils gebessertem Zustande; zwei wurden ungeheilt der Familienpflege übergeben; ein Kranker entwich. Gestorben sind zwei Männer.

f) Gebärhaus- und gynäkologische Abtheilung: Ununterbrochen kamen mehr oder minder heftige Puerperal-Erkrankungen vor.

V. Aus dem k. k. Garnisonsspitale gieng für den Monat September d. J. folgender Bericht ein: Mit Ende August sind ver-

blieben	44 Kranke,
Im September zugewachsen	55 „
Summe sammt Zuwachs	99 Kranke.
Genesen	53 Kranke,
Erholungsbedürftig	2 „
Superarbitriert	3 „
An andere Heilanstalten	2 „
Gestorben	— „
Summe des Abgangs	60 Kranke.
Verblieben daher mit Ende September	39 Kranke.

(Verlegung des Brigadecommandos.) Das bisher in Laibach stationiert gewesene Commando der 12. Infanteriebrigade wurde nach Klagenfurt verlegt, und ist der Herr Brigadier Oberst Weisard nebst dem zur Brigade gehörigen Generalstabsofficier Herrn Hauptmann Siedler vorgestern nach Klagenfurt übersiedelt. Der Grund zu dieser Maßregel ist darin zu suchen, dass Klagenfurt gegenwärtig eine stärkere Garnison besitzt als Laibach, während bisher stets das umgekehrte Verhältnis stattfand, in Folge dessen naturgemäß der Sitz des Brigadecommandos dahin verlegt wurde. Das Stationscommando in Laibach führt nunmehr der Commandant des 12. Artillerieregiments, Herr Oberst Michalik.

(Dr. Johann Steiner f.) Aus Krainburg kam uns gestern die unerwartete traurige Nachricht von dem vorgestern nachmittags daselbst erfolgten Tode des dortigen k. k. Notars und Gemeinderathes Herrn Dr. Johann Steiner zu. Der Verstorbene, ein seines lebenswürdigen und reellen Charakters wegen allgemein geachteter und beliebter Mann, war bekanntlich lange Jahre hindurch Advocat in der inneren Stadt in Wien gewesen und erst zu Beginn dieses Decenniums in gleicher Eigenschaft nach Laibach übersiedelt. Vor drei Jahren vertauschte er seine hiesige Stellung mit dem damals eben erledigt gewesenen Notarsposten in Krainburg, wofür er auch als Gemeindevertreter eifrig zu wirken bestrebt war. Das Leichenbegängnis des in seinem 64. Lebensjahre Verschiedenen, dessen Tod namentlich die verfassungstreue Partei in Krain, deren rühriges Mitglied er war, zu beklagen Ursache hat, findet heute um halb 4 Uhr nachmittags in Krainburg statt. Dr. Steiner hinterlässt unseres Wissens drei bereits verheiratete Töchter.

(Garnisonswechsel.) Die bis nun in Vir und Prevoje dislocirt gewesenen zwei Batterien des hier garnisonierenden 12. Artillerieregiments sind gestern, beziehungsweise vorgestern, um halb 10 Uhr vormittags in Laibach eingerückt und verbleiben hier in Garnison, an deren Stelle sind vorgestern die zu ihrer Ablösung bestimmten Batterien Nr. 11 und 12 von Laibach nach Vir und Prevoje abgerückt. — Das hier befindliche Halbataillon des Infanterieregiments Freiherr v. Heß Nr. 49 rückt heute um 9 Uhr 50 Minuten abends zum Regimente nach Görz ab. Das für Laibach bestimmte dritte Bataillon des Infanterieregiments König der Belgier Nr. 27 trifft morgen um 4 Uhr 23 Minuten früh hier ein.

(Truppendurchzüge.) Infolge eines Seesturmes, der die Ausseifung in Triest verzögerte, traf das dritte Bataillon vom Kaiserjägerregimente nicht, wie es im Marschplane bestimmt war, schon gestern, sondern erst heute um halb 5 Uhr morgens in Laibach ein und setzt morgen um 5 Uhr früh seine Reise nach Wien fort. — Vorgestern abends passirten zwei Bataillone des Infanterieregiments König der Belgier Nr. 27 nebst dem Stabe auf der Fahrt von Triest in ihre neue Garnison Klagenfurt die Station Laibach. Eine Stunde früher fuhr das zum Ersatz für dieses Regiment von Maglaj nach Triest übersejete Dölaner Infanterieregiment Freiherr v. Zelacic Nr. 79, von Agram kommend, hier durch. Beide Bände nahmen hier nur kurzen Aufenthalt.

(Literar-historische Vorträge.) Der Professor Herr Carl Raab v. Raabenau in Graz — ein geborener Laibacher, Sohn des verstorbenen k. k. Landesgerichtsrathes v. Raab — wird im Laufe der nächsten Tage in Laibach einen Cyclus literar-historischer Vorträge über neue österreichische Dichter halten. Der aus vier Vorträgen bestehende Cyclus wird die Dichter Nikolaus Lenau, Anastasius Grün, Carl Beck, Moriz Hartmann und Franz Grillparzer behandeln. Wir sind überzeugt, dass diese Vorträge im gebildeten Publicum Laibachs einer umso lebhafteren Theilnahme begegnen werden, als die Heldengestalten derselben wohl jedem, der die neuere deutsch-österreichische poetische Literatur mit Sinn und Verständnis pflegt, von ganz besonderem Interesse sind. Professor v. Raab, der am Mädchenlyceum in Graz bereits seit einer Reihe von Jahren ähnliche Vorträge hält und dem diesbezüglich ein äußerst schmeichelhafter Ruf vorangeht, wird in seinen Vorträgen die Biographien der Dichter mit einer eingehen-

unter den zung und Kritik ihrer Werke verbinden. Vernehmen er Umstand dürfte das Interesse an den- Das atlich erhöhen, da wir uns aus dem Munde eingebra- reichlichen Literaturhistorikers sicherlich einer Begei- geistfreieren Beurtheilung unserer hervorragendsten Meiningungen im Gebiete der schöngestigen Literatur versehen dürfen, als uns dieselbe in einschlägigen in Deutschland hervorgegangenen Werken mitunter entgegen- tritt, obwohl wir andererseits auch die große Schwierig- keit nicht verkennen, die gerade darin liegt, Dichter zu kritisieren, deren Werke sozusagen vor unseren Augen geschaffen wurden und deren endgiltige Beurtheilung in der Regel als eine geistige Domäne der nachfolgenden Generationen angesehen, wenn auch allerdings, wie be- greiflich, nicht immer respectiert wird. Die vielverspre- chenden Vorträge, auf die wir hiemit nochmals die Auf- merksamkeit der gebildeten Kreise, speciell auch unserer Damenwelt sowie der Jugend hinlenken, werden in einem Saale des Realschulgebäudes, der Herrn Pro- fessor v. Kaab zu diesem Behufe von der Direction bereit- willigst zur Verfügung gestellt wurde, gehalten werden. Bezüglich der äußeren Details derselben verweisen wir auf ein darauf bezughabendes Inserat unseres heutigen Blattes.

(Präsidenten-Feier.) Der Verein slovenischer Universitätsstudenten in Wien — „Slovenija“ — veranstaltet heute abends im Krišáke'schen Saale in der Ungargasse eine Präsidenten-Feier. Das uns zugekommene Programm dieses Festabendes umfasst 13 Piecen, darunter eine Festrede auf Präsidenten, gesprochen von Herrn Danilo Majarón, sowie mehrere, theils von den Vereinsmit- gliedern, theils von mitwirkenden Gästen ausgeführte Musik- und Gesangsvorträge.

(Pöblicher Irrensinnsausbruch.) Ein in den Arrestlocalitäten des hiesigen städtisch-delegierten Bezirksgerichtes inhaftiert gewesener Sträfling (ein ehe- maliger Krämer aus Mannsburg) ist gestern nachts plötzlich irrsinnig geworden und in Tobsucht verfallen. Er wurde im Laufe des gestrigen Tages der Irrenanstalt übergeben.

Neueste Post.

Original-Telegramme der „Laib. Zeitung.“

Wien, 2. Dezember. (Abgeordnetenhaus.) Zu der fortgesetzten Wehrgesetzdebatte sprachen fünf Mitglieder für, vier gegen die Vorlage.

Budapest, 2. Dezember. Das Oberhaus nahm die zehnjährige Verlängerung des Wehrgesetzes an.

Berlin, 2. Dezember. Auf die Interpellation wegen Fortdauer des kleinen Belagerungszustandes antwortete der Minister des Innern, die vorjährigen Zustände dauern im Geheimen fort, die socialdemokra- tische Agitation sei gewachsen, die alten Verbindungen mit dem Auslande würden fortgesetzt, daher sei die Aufrechthaltung des Belagerungszustandes unabweisbar.

Berlin, 2. Dezember. Hier cursierende Gerüchte über ein Attentat auf den russischen Kaiser auf dem Wege nach Moskau, wo derselbe gestern abends wohl- behalten anlangte, werden auf die hierher erfolgte Meldung zurückgeführt, dass dem dem kaiserlichem Zuge folgenden Güterzuge, worauf die Dienerschaft sich be- fand, ein Unfall widerfahren wäre. Authentische Mit- theilungen fehlen.

Paris, 2. Dezember. Waddington erklärte in der Kammer, die Regierung könne nicht ein ihr aufgedrun- genes Programm annehmen, das Parlament müsse offen sagen, ob das Ministerium sein Vertrauen be- sitzt oder nicht. Sei das Vertrauen unvollständig, so werde das Cabinet demissionieren. (Beifall im Centrum und auf der Linken.) Bis zum Schluss der Sitzung kein weiterer Zwischenfall.

Constantinopel, 2. Dezember. Der Termin der Räumung von Gusiujé und Plava geht mit dem 12ten d. M. zu Ende. Muthtar Pascha ist in Brissend eingetroffen. Die hiesige diplomatische Agentie Bul-

gariens warnt die Dampfschiffgesellschaft, muhame- danische Flüchtlinge zur Beförderung nach Bulgarien aufzunehmen, wenn nicht früher hierüber eine Ver- ständigung mit den bulgarischen Behörden erzielt worden sei.

Best, 1. Dezember. In der Conferenz der libe- ralen Partei interpellirte Falk, ob Deutschland nach den gescheiterten Verhandlungen vom 1. Jänner 1880 an nicht außer der Eingangszabgabe noch einen Zu- schlag erheben werde; wenigstens über diesen Punkt müßte man ein förmliches vertragmäßiges Abkommen mit Deutschland treffen. Der Handelsminister ant- wortete, die erwähnte Eventualität sei nicht der Auf- merksamkeit der Regierung entgangen, diesbezüglich seien Verhandlungen im Zuge, und er hoffe, in den nächsten Tagen sich bestimmt äußern zu können.

Paris, 1. Dezember. (R. fr. Pr.) Die republi- kanische Linke erklärte, das Ministerium aufrechterhalten zu wollen, wenn es das neue Programm acceptiere. Die Radikalen wollen jedenfalls dessen Sturz, Gam- bettas Anhänger sind schwankend. Der Ministerrath wird morgen entscheiden, ob das Cabinet eine Dis- cussion seiner inneren Politik provocieren oder dieselbe abwarten solle.

London, 1. Dezember. (R. fr. Pr.) Auf Befehl des Vizekönigs von Indien, Lord Lytton, wurde Jakob Kahn unter Escorte als Gefangener nach Peshawer gebracht.

Pera, 1. Dezember. Zwölf türkische Bataillone werden mobilisirt, um dem Rhedive als Hilfstruppen gegen Abyssinien zu dienen.

Telegraphischer Wechselkurs

vom 2. Dezember. Papier-Rente 68.50. — Silber-Rente 70.75. — Gold- Rente 81.05. — 1860er Staats-Anlehen 129.25. — Bank-Actien 841. — Credit-Actien 280.70. — London 116.60. — Silber —. — R. f. Münz-Ducaten 5.53 1/2. — 20-Franken-Stücke 9.30. — 100-Reichsmark 57.75

Wien, 2. Dezember, 2 1/2 Uhr nachmittags. (Schlusscurs.) Creditactien 280.80, 1860er Lose 129.50, 1864er Lose 155.—, österreichische Rente in Papier 68.50, Staatsbahn 264.25, Nordbahn 230.25, 20-Frankensstücke 9.30, türkische Lose 17.75, ungarische Creditactien 259.50, Lloydactien 609.—, österreichische Anglobank 138.—, Lombarden 82.—, Unionbank 94.40, Com- munalanlehen 119.10, Equivalenz —, Goldrente 81.—, ungarische Goldrente 95.70. Günstig.

Handel und Volkswirtschaftliches.

Verlosung.

1864er Prämienlose. Bei der am 1. d. M. in Wien vor- genommenen 73. Verlosung der Serien- und Gewinnnummern dieses Staatslotterie-Anlehens wurden 14 Serien gezogen, und zwar: Nr. 111 819 1179 1190 1231 1527 1763 1812 2054 2288 2480 3088 3121 und 3778. Aus diesen 14 Serien fiel der Haupttreffer mit 200,000 fl. auf S. 1763 Nr. 20, der zweite Treffer mit 20,000 fl. auf S. 2288 Nr. 23, der dritte Treffer mit 15,000 fl. auf S. 111 Nr. 6 und der vierte Treffer mit 10,000 fl. auf S. 1190 Nr. 8; ferner gewonnen je 5000 fl.: S. 819 Nr. 19 und 53; je 2000 fl.: S. 1527 Nr. 61, S. 2054 Nr. 85 und S. 2480 Nr. 51; je 1000 fl.: S. 1231 Nr. 36; S. 1812 Nr. 19, S. 2054 Nr. 63, S. 2288 Nr. 22 und 61 und S. 3778 Nr. 21; je 500 fl.: S. 111 Nr. 54, S. 819 Nr. 29, S. 1179 Nr. 18 und 77, S. 1231 Nr. 1, S. 1527 Nr. 15, Serie 1763 Nr. 9, S. 1812 Nr. 63 und 83, S. 2288 Nr. 10, S. 2480 Nr. 12, S. 3088 Nr. 39, S. 3121 Nr. 54 und 68 und S. 3778 Nr. 94; und endlich gewonnen je 400 fl.: S. 111 Nr. 67, Serie 1179 Nr. 53 und 69, S. 1190 Nr. 25 und 36, S. 1231 Nr. 7, 43 und 67, S. 1527 Nr. 51, S. 1763 Nr. 28, S. 1812 Nr. 29, S. 2054 Nr. 50 und 78, S. 2288 Nr. 19, 98 und 100, Serie 2480 Nr. 37, 78 und 86 und endlich S. 3778 Nr. 2. Auf alle übrigen in den 14 Serien enthaltenen 1350 Gewinnnummern fällt der geringste Gewinn von je 200 fl. d. W.

Angekommene Freunde.

Am 2. Dezember. Hotel Stadt Wien. Pohl, Thierarzt, Klagenfurt. — Fuchs, Hirschmann und Weidinger, Kaufleute, Wien. Hotel Elephant. Büchel, Braun, Kaufleute, und Luzmann, Wien. — Floro, Hdlsm., i. Sohn, Mals in Tirol. — Juris- schowits, k. k. Beamter, Graz. — Kauka, Kfm., Brünn. Mohren. Kalan Maria, Lad. — Kolm und Wallisch, Musiker, Wien. — Zimerebner, Bozen. Baierscher Hof. Gatti i. Sohn, Castelnovo.

Börsebericht.

Wien, 1. Dezember. (1 Ubr.) Realisirungen der Plassspeculation übten vorübergehend einen nicht bedeutenden Druck auf die betreffenden Effecten aus. Im übrigen war die Stimmung bei nicht ganz belanglosen Geschäfte eine recht günstige.

Selb		Ware	
Papierrente	68.40	68.50	
Silberrente	70.70	70.80	
Goldrente	81.—	81.10	
Lose, 1854	123.50	123.75	
" 1860	128.50	128.75	
" 1860 (zu 100 fl.)	133.—	133.50	
" 1864	165.50	166.50	
Ang. Prämien-Anl.	107.30	107.50	
Credit-L.	175.—	175.50	
Rudolfs-L.	18.—	18.50	
Prämienanl. der Stadt Wien	118.75	119.—	
Donau-Regulierungs-Lose	113.—	113.50	
Domänen-Pfandbriefe	143.50	144.—	
Defferr. Schatzscheine 1881 rück- zahlbar	101.25	101.50	
Defferr. Schatzscheine 1882 rück- zahlbar	100.—	100.50	
Ungarische Goldrente	95.60	95.70	
Ungarische Eisenbahn-Anleihe	115.75	116.—	
Ungarische Eisenbahn-Anleihe, Cumulativstüde	113.50	113.75	
Ungarische Schaganw. vom J. 1874	—	—	
Anlehen der Stadtgemeinde Wien in B. B.	99.60	99.80	

Selb		Ware	
Grundentlastungs-Obligationen.			
Böhmen	102.75	103.75	
Niederösterreich	104.50	105.—	
Galizien	95.75	96.25	
Siebenbürgen	84.50	85.—	
Temeser Banat	87.—	87.50	
Ungarn	88.25	88.75	

Selb		Ware	
Actien von Banken.			
Anglo-öfterr. Bank	187.70	187.80	
Creditanstalt	280.20	280.30	
Depositenbank	226.50	227.—	
Creditanstalt, ungar.	259.75	260.—	
Österreichisch-ungarische Bank	841.—	843.—	
Unionbank	94.30	94.50	
Verkehrsbank	122.75	123.—	
Wiener Bankverein	137.90	138.20	

Selb		Ware	
Actien von Transport-Unterneh- mungen.			
Alföldb-Bahn	138.25	138.50	
Donau-Dampfschiff-Gesellschaft	583.—	584.—	
Elisabeth-Westbahn	176.—	176.50	

Selb		Ware	
Ferдинands-Nordbahn.			
Franz-Joseph-Bahn	2292.—	2297.—	
Galizische Carl-Ludwig-Bahn	153.50	154.—	
Galizische Carl-Ludwig-Bahn	241.75	242.25	
Raschau-Oderberger Bahn	114.50	114.75	
Bemberg-Czernowitzer Bahn	145.75	146.25	
Lloyd-Gesellschaft	609.—	611.—	
Defferr. Nordwestbahn	146.—	146.50	
Rudolfs-Bahn	143.25	143.75	
Staatsbahn	265.—	265.50	
Südbahn	83.—	83.50	
Theiß-Bahn	208.50	209.—	
Ungar.-galiz. Verbindungsbahn	112.—	112.50	
Ungarische Nordostbahn	129.50	129.75	
Wiener Tramway-Gesellschaft	199.50	200.—	

Selb		Ware	
Vaubriefe.			
Allg. öst. Bodencreditanst. (i. Gd.)	117.25	117.75	
(i. B. B.)	99.50	99.75	
Österreichisch-ungarische Bank	101.60	101.80	
Ang. Bodencredit-Anst. (B. B.)	100.75	101.25	

Selb		Ware	
Prioritäts-Obligationen.			
Elisabeth-B. 1. Em.	96.50	97.—	
Ferd.-Nordb. in Silber	106.25	106.75	
Franz-Joseph-Bahn	95.20	95.70	

Selb		Ware	
Devisen.			
Auf deutsche Plätze	57.05	57.15	
London, kurze Sicht	116.55	116.70	
London, lange Sicht	116.70	116.90	
Paris	46.20	46.25	

Selb		Ware	
Geldsorten.			
Ducaten	5 fl. 53 fr.	5 fl. 55 fr.	
Napoleonsd'or	9 " 30 1/2 "	9 " 31 "	
Deutsche Reichs-Noten	57 " 70 "	57 " 75 "	
Silbergulden	100 " — "	100 " — "	

Selb		Ware	
Krainische Grundentlastungs-Obligationen:			
Geld 96.50, Ware 97.50.			
Credit 279.80 bis 279.90		Anglo 137.50 bis 137.75.	

Verstorbene.

Den 1. Dezember. Josef Merjasec, Bürstenbinder, 76 J., Kaiser-Josefs-Platz Nr. 2. Lungenerkrankung. — Maria Nachtigall, Inwohnerin, 57 J., Lungentuberculose.

Theater.

Heute (ungerader Tag) zum erstenmale: Starke Mittel. Lustspiel in 4 Acten von Julius Rosen. (Repertoirestück des Wiener Stadttheaters.)

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Dezember	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Millimetern auf 0° reductirt	Lufttemperatur nach Celsius	Wind	Richtung des Windes	Niederschlag binnen 24 St. in Millimetern
1.	7 U. Mg.	723.89	-6.0	W. schwach	bewölkt	
2.	2 " N.	726.36	-3.8	W. schwach	heiter	0.00
9.	9 " Ab.	731.83	-13.4	W. schw.	heiter	

Morgens trübe, später Aufheiterung; abends dichter Nebel. Rasches Zunehmen der Kälte. Das Tagesmittel der Tempera- tur - 7.7°, um 9.0° unter dem Normale.

Verantwortlicher Redacteur: Ottomar Bamberg

Der heutigen Nummer der „Laibacher Zeitung“ liegt der zwölfte Jahrgang des Ziehungs-Kalenders der Bankfirma Voelcker & Co. in Wien bei, worauf wir hiemit besonders aufmerksam machen.

Berliner Modenblatt

Nr. 17 vom 1. Dezember 1879

ist hier eingetroffen und wird versendet. — Bestellungen auf das „Berliner Modenblatt“ übernimmt und besorgt pünktlich

Jg. v. Kleinmayr & Fed. Bamberg's Buchhandlung. Laibach.

Vom Schmerze tief gebeugt geben wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten Nachricht, dass es Gott dem Allmächtigen gefallen hat, den Herrn

Dr. Johann Steiner,

k. k. Notar,

heute nachmittags um 4 Uhr nach langem schmerz- lichen Leiden im 64. Lebensjahre aus diesem Leben abzurufen.

Die irdische Hülle des theueren Todten wird Mitt- woch, den 3. d. M., nachmittags um halb 4 Uhr auf dem Friedhofe zu Krainburg zur ewigen Ruhe bestatet.

Krainburg, den 1. Dezember 1879.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Dankfagung.

Für die vielfachen Beweise herzlicher Theilnahme und innigen Mitgeföhls, welche aus Nah und Fern dem selig im Herrn entschlafenen Herrn

Josef Podboj,

k. k. penz. Bezirksrichter und k. k. Notar in Rudolfswert,

während seines Krankenlagers in so reichlichem Maße dargebracht wurden, dann für das Ehrengelichte zur letzten Ruhestätte, die vielen Kranzspenden sagen allen Verwandten, Freunden aus Nah und Fern, insbesondere aber auch dem k. k. Officiercorps, den Herren Beamten, Bürgern und Corporationen von Rudolfswert, sowie den Herren Sängern für die herzerhebenden Gefänge am Sarge und Grabe, den wahrhaft innigstgefühlten Dank mit der Bitte, den so schmerzlich Vermissten im gütigen Andenken bewahren zu wollen.

Rudolfswert, 1. Dezember 1879.

Die trauernden Hinterbliebenen.